



WEGWARTE

Mitteilungen der Initiative Heimat & Umwelt

Dezember 2014

EU-AUSTRITTS-VOLKSBEGEHREN: Einreichung geschafft !

Liebe Leser!

Was uns niemand zugetraut hat, haben wir mit Ihrer treuen Unterstützung - bei manchen durch viele Jahre hindurch - nun doch „**mit vereinten Kräften**“ geschafft: Das EU-Austritts-Volksbegehren kann mit allen gesetzlich vorgeschriebenen, gemeindeamtlich bestätigten Unterstützungs-Erklärungen noch im Dezember und damit fristgerecht beim Innenministerium eingereicht werden. Damit ist die „**öffentliche Eintragungswoche**“, das eigentliche Volksbegehren, deren Termin vom Innenministerium festgelegt wird, für Frühjahr 2015 zu erwarten.

Noch arbeiten wir an den letzten Info-Stand-Kundgebungen und an den vielen anderen umfangreichen Vorbereitungen für die Einreichung des Einleitungsantrags und der gut 9.500 Unterstützungs-Erklärungen. **Herzlichen Dank** allen, die z.T. beträchtliche Beiträge zu den Kosten vor allem auch der Notare geleistet haben, ohne die die große Zahl von U-Erklärungen nicht zu schaffen gewesen wäre. Eine so große Aktion wie ein bundesweites Volksbegehren kann nur gelingen, wenn viele zusammenhelfen.... Im Zuge der Außenarbeiten hat auch der Internet-Nachrichten-Sender **klagemauer.tv** über das Volksbegehren berichtet und ein Live-Interview mit Inge Rauscher dazu ausgestrahlt, das Sie auf **www.eu-**

austritts-volksbegehren.at einsehen können.

Langjährige WEGWARTE-Leser wissen, daß wir bereits bis Dezember 2011 alle nötigen Unterstützungs-Erklärungen für dieses Volksbegehren gesammelt hatten, aber die damalige Bezeichnung des Volksbegehrens auf der U-Erklärung vom Innenministerium zurückgewiesen wurde und der Verfassungsgerichtshof erstmals etwas verlangt hat, was vorher noch bei keinem Volksbegehren verlangt worden war, nämlich daß der Text auf der Unterstützungs-Erklärung **wortident** mit jenem des **Einleitungsantrags** (ein ebenfalls vorgeschriebenes Formular für die Gesetzesanregung, um die es bei jedem Volksbegehren geht) sein muß. Beim „zweiten Anlauf“ zum Volksbegehren haben wir diese neue Bedingung erfüllt und anlässlich einer Vorsprache im Innenministerium zusammen mit Rechtsanwältin Dr. Barki vom zuständigen Leiter der Abteilung für Wahlen und Volksbegehren (Bundeswahlbehörde), Min.R. Mag. Robert Stein, einige Tage danach die **schriftliche Bestätigung** erhalten, daß nunmehr „das Unterstützungserklärung-Formular gesetzeskonform ist“. Aber es mußten dafür alle U-Erklärungen nochmals erarbeitet werden.... Wir können noch alle von

den Gemeindeämtern oder Magistraten bestätigten U-Erklärungen miteinreichen, die mit der Post bis spätestens 12. Dezember in Zeiselmauer (siehe Rückseite) einlangen.

Inzwischen liegt auch das 40-seitige Gutachten von **Prof. Schachtschneider** mit dem Titel „**Argumente für den EU-Austritt**“ vor, das dieser **Sonderausgabe** für Sie beiliegt, und an so viele Mitbürger wie möglich weiterverbreitet werden sollte. Deshalb erhalten Sie es gleich auf diesem Wege im Direktversand. Sie haben diese Schrift nicht bestellt, daher besteht dafür - wie bei der WEGWARTE selbst ja auch - keinerlei Zahlungsverpflichtung. Wir bitten Sie aber für die Produktions- und Versandkosten um einen **freiwilligen** Beitrag von € 11,40 und danken im voraus; Staffelpreise für evtl. Mehrfachbestellungen siehe Seite 37 unten. Es ist dem Autor sehr zu danken, daß er sich mit diesem Thema so intensiv und fundiert auseinandergesetzt hat!

Österreichische Post AG / Sponsoring Post
Benachrichtigungspostamt 3424 Zeiselmauer

Erste unabhängige Studie: **FREIHANDELSABKOMMEN TTIP** vernichtet in EU-Europa 583.000 Arbeitsplätze!

Die erste wirklich unabhängige Studie über die Folgen des Freihandelsabkommens TTIP* kommt zu einem für Europa verheerenden Ergebnis: 583.000 Arbeitsplätze werden bis 2025 **in der EU** verlorengehen. Die Exporte werden schrumpfen, ebenso das Bruttoinlandsprodukt. Löhne und Steuereinnahmen werden sinken. **In den USA** werden all diese Kennzahlen dagegen steigen. Die einzigen, die in der EU profitieren, sind die **Kapitalvermögen**. Das TTIP erweist sich demnach als gefährlicher Turbo für die Umverteilung von Arm zu Reich.

Jean-Claude Juncker und Angela Merkel treiben das TTIP voran. Die erste unabhängige Studie zeigt: Das Projekt dürfte der EU massiven Schäden zufügen.

Die bisher von der EU herausgegebenen Studien lassen das geplante Freihandelsabkommen TTIP als reinen Segen für Europa erscheinen. Entsprechend trommeln die Verfechter für das TTIP für seine rasche Verhandlung: Der Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI), Ulrich Grillo, sagte am Mittwoch bei der Transatlantischen Wirtschaftskonferenz in Frankfurt: „TTIP ist ein kostenloses Konjunkturprogramm.“ John B. Emerson, US-Botschafter in Deutschland, sagte, TTIP könne sogar für den gemeinsamen Wohlstand im 21. Jahrhundert so wichtig sein wie es die NATO in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts für die gemeinsame Sicherheit war.

Die EU-Kommission behauptet:

„Einem unabhängigen Bericht zufolge könnte ein ambitioniertes Abkommen Unternehmen Ersparnisse in Millionenhöhe beschern und hunderttausende neue Arbeitsplätze kreieren. Nach vollständiger Umsetzung dieses Abkommens wird ein jährliches Wirtschaftswachstum von 0,5% BIP (oder

* TTIP = Transatlantic Trade and Investment Partnership

€ 120 Milliarden auf Jahresbasis) und damit ein jährliches Zusatzeinkommen von € 545 für den durchschnittlichen EU-Haushalt erwartet.“

Die erste Lüge der EU-Kommission steht bereits im zweiten Wort dieses Absatzes: Schon auf der zweiten Seite der Studie steht, daß die Untersuchung **mitnichten** ein „unabhängiger Bericht“ ist, sondern daß die EU-Kommission der „Kunde“ ist und somit die Studie bezahlt hat.

Wenn nämlich wirklich unabhängig gerechnet wird, steht die EU als klarer Verlierer des TTIP da. Eine vom **Global Delevopment and Environment Institute an der amerikanischen Tufts-Universität** aktuell veröffentlichte Studie kommt zu einem ernüchternden Ergebnis. In einem Working Paper beschreibt **Jeronim Capaldo**, daß das TTIP auf die EU-Staaten eine geradezu verheerende Wirkung haben dürfte. 600.000 Arbeitsplätze würden demnach bis 2025 verlorengehen. Das wären so viele wie in den Krisenjahren 2010 und 2011. Selbst wenn der Arbeitsplatz-Abbau über mehrere Jahre gestreckt ist, würde er zu **gravierenden sozialen Veränderungen** in den heute noch vergleichsweise reichen EU-Staaten führen. Zum Vergleich: Die von Capaldo analysierte Studie der Bertelsmann-Stiftung kommt auf einen sagenhaften Zuwachs von 1,3 Millionen neuer Jobs allein in der EU, die das TTIP angeblich bringen soll.

Aufgeschlüsselt verliert Deutschland 134.000 Jobs, Frankreich 130.000 und Nordeuropa gar 223.000 Jobs.

Auch die **Exporte** würden Schaden nehmen, eine besonders für Deutschland gefährliche Entwicklung: Capaldo hat für Deutschland einen Rückgang der Exporte um 1,14 Prozent errechnet. Das ohnehin schon krisengeplagte Frankreich müßte einen Rückgang von 1,9 Prozent verkraften. Die Nordeuropäer verlieren gar 2,07 Prozent.

Dies hätte zur Folge, daß das Bruttoinlandsprodukt (BIP) schrumpft: in Deutschland um 0,29 Prozent, in Frankreich um 0,48 Prozent, in Nordeuropa um 0,50 Prozent.

Dadurch würden auch die **Steuereinnahmen** sinken: In Deutschland minus 0,28 Prozent, Frankreich minus 0,64 Prozent, Nordeuropa 0,34 Prozent.

Außerdem würden die **Netto-Haushaltseinkommen** kleiner werden: in Deutschland um 3.402 Euro pro Jahr, in Frankreich um 5.518 Euro, in Nordeuropa würden die Arbeitnehmer 4.848 Euro pro Jahr verlieren.

Weniger schmerzhaft wären die Folgen für Südeuropa. Doch auch hier gibt es in allen Bereichen nur Verluste. Etwa 90.000 Jobs würden wegfallen, das Haushaltseinkommen würde um 165 Euro pro Jahr und Arbeitnehmer sinken. Der Grund dafür: Den Südeuropäern geht es heute bereits schlechter, die Exporte sind schwächer. Daher würde das TTIP eine Umverteilung in einem besonderen Sinn bedeuten: Nordeuropa würde auf einen Kurs geschickt, den heute schon Südeuropa erlebt. Weil die Steuereinnahmen zurückgehen, würde auch die öffentliche Hand geschwächt: Austerität (= noch strengere Sparpolitik) pur würden mit dem TTIP auch in Deutschland, den Niederlanden, Schweden, Finnland, Österreich und allen noch verschonten Ländern Einzug halten.

Die Umverteilung der Schwäche könnte ein Grund sein, warum Angela Merkel und die EU-Kommission so euphorisch über das TTIP sind: Sie würden auf diesem Weg einen weiteren Schritt in Richtung einer europäischen Integration vorankommen – nur eben ganz anders, als dies den EU-Bürgern bisher vorgeschwebt ist.

Ganz eindeutig **profitieren die Amerikaner von dem TTIP**: Alle Kennzahlen sind positiv: Anstieg der Exporte um 1,02 Prozent, BIP-Wachstum um 0,36 Prozent,

784.000 neue Jobs, 699 Euro mehr Haushaltseinkommen, etwa gleich viel Steuereinnahmen.

Doch auch in Europa gibt es eine Gruppe, die vom TTIP profitiert: Es sind die Kapitalvermögen – also **die Börsen**. Frankreich, Deutschland und auch der Rest Europas würden gewinnen. Je größer die Börsen, umso höher die Gewinne. Am meisten würden die Anleger in London profitieren. Dies ist besonders interessant, weil die normalen Arbeitnehmer Großbritanniens genauso viel verlieren würden wie im Rest Europas.

Der Grund, warum Capaldo zu so ganz anderen Ergebnissen kommt als die bisher bekannten Jubel-Studien, ist verblüffend einfach: Die offiziellen Studien beziehen ihr Datenmaterial auf die Zeit bis zum Jahr 2010 – also bevor die Krise in Europa richtig ausgebrochen war. Außerdem verwenden sie eine sehr einseitige, mechanistische Methode der Weltbank (Computable General Equilibrium, CGE), während Capaldo eine an den UN-Berechnungen orientierte Methode einsetzt (United Nations Global Policy Model, GPM). Das Wesen dieser Methode bezieht ein Phänomen ein, welches die Euro-Staaten im Zuge der Euro-Krise schmerzhaft erfahren mußten: Das reine Herunterfahren von Kosten in der Form, daß die Arbeitnehmer weniger verdienen, führt zur **Umverteilung zugunsten der Super-Reichen**. Vor allem aber berücksichtigt diese Methode die regionalen Unterschiede beim Handel und tut nicht so, also würde sich jeder Verlust anderswo automatisch als Zuwachs auswirken.

Die Studie von Jeronim Capaldo ist in dieser Hinsicht **die erste wirklich aussagekräftige Prognose über die zu erwartenden Auswirkungen des TTIP**. Das Problem für mittelständische Unternehmen und Arbeitnehmer in der EU liegt nun darin, daß seit 2009 Freihandelsabkommen von der EU-Kommission verhandelt werden. **Die nationalen Parlamente haben keinerlei Mitwirkungsmöglichkeiten**. Das EU-Parlament muß dem Abkommen

zwar zustimmen. In der Regel sind die meisten Abgeordneten jedoch mit aus ihrer Sicht wichtigeren Dingen beschäftigt und haben weder Zeit noch Sachverstand, um zu beurteilen, was sie gerade beschließen.

In dieser Hinsicht ist die Diskussion um den sogenannten „**Investorenschutz**“ eine höchst gefährliche Ablenkung: Denn der gehört gar nicht in ein Freihandelsabkommen, sondern ist schon längst Standard im internationalen Recht. So verlegt etwa die staatliche deutsche Lobbygruppe Germany Trade and Invest (GTAI) seit Jahren eine Broschüre, in der den ausländischen Investoren erklärt wird, wie die Schiedsgerichtsbarkeit funktioniert. Das Papier, mit dem **Alternativen zur ordentlichen Gerichtsbarkeit** aufgezeigt werden, trägt den Titel: „Hilfe, ich werde enteignet! Abkommen schützen Auslandsinvestitionen“. In der Broschüre heißt es:

„**Investitionsschutzabkommen** sowie Investitionsverträge mit Schiedsklauseln **zugunsten internationaler Schiedsgerichte** eröffnen Rechtsschutzmöglichkeiten, die unabhängig von den Rahmenbedingungen in dem jeweiligen Gaststaat bestehen und seiner Einflußnahme entzogen sind.“

Zwar ist das Papier als Ratgeber für deutsche Unternehmen gedacht, die im Ausland investieren wollen. Es beschreibt jedoch im Detail, wie der Investorenschutz im internationalen Recht geregelt ist – also auch in Deutschland. Er ist übliche Praxis, und das mit gutem Grund, wenn man an die Willkür der Staaten und deren Neigung zum Rechtsbruch denkt. Doch mit dem Freihandel haben die **Schiedsgerichte** nicht das Mindeste zu tun, weil sie heute schon weit verbreitet im Einsatz sind. **Ein TTIP ohne ein Kapital Investitionsschutz verliert nichts von seiner Schärfe**. Die wirklichen Gefahren liegen, wie die Studie zeigt, ganz woanders.

Man kann angesichts der ernüchternden Fakten, die das TTIP für die Arbeitnehmer und die kleinen und mittlere

Unternehmen bringen dürfte – ein Verlust von 583.000 Arbeitsplätzen in der EU – den Verdacht nicht von der Hand weisen, daß die öffentliche Debatte um die Schiedsgerichte ein **veritables Ablenkungsmanöver** ist: Der Investorenschutz kann leicht aus dem TTIP herausgenommen werden. Dies kann den Bürgern als großer Erfolg der heldenhaften Kämpfer Angela Merkel, Sigmar Gabriel und Jean-Claude Juncker verkauft werden.

Zudem kann, wie bereits geschehen, den Bürgern versichert werden, daß sie keine Chlorhühner und keinen Genmais essen müssen.

Daß am Ende die EU-Arbeitnehmer in vielen Segmenten zu Billig-Löhnern werden und sich sogar noch glücklich schätzen werden, weil sie überhaupt einen Job haben, ist die eigentliche Konsequenz des TTIP.

Es ist nicht verwunderlich, daß bis zum heutigen Tage keine Regierung zu diesem Thema Farbe bekannt hat, sondern alles daransetzt, das TTIP mit Parolen wie „wir müssen in der Welt bestehen“ oder „endlich können wir mit den USA konkurrieren“ als Rettung des Abendlandes zu verkaufen suchen.

Die neue Studie der Tufts-Universität belegt: Das Gegenteil ist wahr. **(EU-) Europa wird einen gewaltigen Preis bezahlen, wenn das TTIP zustandekommt**. Die verantwortlichen Politiker wissen das ganz genau und versuchen deshalb, Petitionen gegen das TTIP zu unterdrücken und die Verhandlungen unter strengster Geheimhaltung durchzuziehen. EU-Kommissar Günther Oettinger hat die TTIP-Gegner sogar ganz offen verspottet.

Das kaltschnäuzige Kalkül der politischen Eliten in der EU und den Nationalstaaten: Bis die Leute draufkommen, was wir beschlossen haben, sind wir längst in der Rente. Dafür werden auch dann die Steuern noch reichen.

Quelle: <http://deutsche-wirtschaftsnachrichten.de/2014/11/14/unabhaengige-studie-ttip-vernichtet-in-europa-583-000-arbeitsplaetze/> (Auszug)

Nur ein Austritt aus der EU kann uns davor bewahren, daß dieses Abkommen auch für Österreich in Kraft treten kann!

Warum überparteilich?

Wer die Bemühungen von Umweltaktivisten und Bürgerrechtlern über Jahre hinweg verfolgt und selbst mitträgt, weiß, wie wichtig es ist, daß Menschen mit Zivilcourage die öffentliche Auseinandersetzung gerade bei den großen (Über-)Lebens-Fragen **nicht** den Politikern und im Parlament vertretenen Parteien überlassen. Bei Anliegen für das gesamte Volk und die **Lebensgrundlagen aller** (auch der Tiere und Pflanzen) geht es nicht um bestimmte, vorhandene oder neu für bezahlte Funktionen kandidierende Parteien und deren Programme und Ideologien, sondern darum, daß Bürger aus allen sozialen, Berufs- und Altersschichten sich mit dem jeweiligen Anliegen in Eigenverantwortung beschäftigen. Und damit **alle** Parteien, Kammern, Gewerkschaften usw. in Zugzwang bringen. Nur so kann ein Anliegen früher oder später **mehrheitsfähig** werden!

Ohne die ehrenamtliche und oft unter vielen Opfern erbrachte Meinungsbildungs-Arbeit zahlreicher kleinerer und größerer Bürgerinitiativen sowie tausender engagierter Einzelkämpfer, die zum „Wunder von Österreich“, dem NEIN zur **Atomenergie** bei der Zwentendorf-Abstimmung 1978 geführt hat, gäbe es heute neun (!) Atomkraftwerke in Österreich, denn so viele waren damals geplant. Und es gäbe auch keine einzige große **Donauauen-Landschaft** mehr ohne den Einsatz von Bürgern quer durch alle „Lager“ in den Jahren vor und während der „Aubesetzung“ bei Hainburg. Da half den „Mächtigen“ nicht einmal deren Gewalteinsatz am „Prügeltag“ des 19. Dezember, der heuer übrigens genau 30 Jahre her ist.

Zur dauerhaften Rettung der Donauauen bei Hainburg trug dann das wenige Monate nach der „Au-Besetzung“ durchgeführte **Konrad-Lorenz-Volksbegehren** auch noch viel bei.

Ohne das überparteiliche **Gentechnik-Volksbegehren** vom Jahre 1997 mit über 1,2 Millionen Unterschriften hätten wir heute auch alle Regale in den Handelsketten voll von genmanipulierten Produkten

wie in Deutschland. Und wie viele **örtliche** (Straßen-) Bau- und sonstige umwelt- oder volkswirtschaftlich schädliche Projekte wurden (und werden) von Bürgerinitiativen oft erfolgreich bekämpft!

Von der Bevölkerung stark unterstützte Volksbegehren können nachhaltige Wirkung haben, auch wenn sie - im Gegensatz zur Schweiz - für die Regierung nicht bindend sind. Eine echte **direkte Demokratie** mit verbindlichen Volksabstimmungen, die vom Volk selbst herbei geführt werden können, kann es nur außerhalb der EU geben. Auch das ein wichtiger Grund, warum wir den Austritt aus der EU betreiben.

Demokratie heißt (wörtlich): Das Volk ist stark, es hat das Sagen. Wir können als Volk nur stärker werden, wenn wir für unsere Anliegen auch ganz persönlich eintreten und diese nicht an Politiker (Vertreter?) delegieren. Dann wird daraus auch eine Kraft entstehen, die „trägt“ und mit der man das allgegenwärtige „Teile und Herrsche“-Syndrom überwinden kann. EU-Gegner gibt es in allen Parteien und beim Volksbegehren können alle an einem Strang ziehen.

Die „Initiative Heimat & Umwelt“ wurde vor 26 Jahren gegründet, unser Mitteilungsblatt „Wegwarte“ vor 24 Jahren. In all den Jahren haben wir ganz bewußt bei keiner Wahl kandidiert und werden dies auch weiterhin nicht tun. An der **politischen Willensbildung** nehmen wir selbstverständlich teil, wir streben aber keine bezahlte Funktion an und wollen auch keine Subventionen aus Steuergeldern; auf Inserate von Firmen oder Parteien haben wir immer verzichtet, um unabhängig bleiben zu können. Unsere gesamte Tätigkeit wird ausschließlich aus freiwilligen Spenden österreichischer Bürger finanziert und immer wieder auch (notgedrungen) aus oft beträchtlichen Kostenbeiträgen der engsten Mitarbeiter. Jede Spende hilft uns weiter, egal ob groß oder klein!

*Inge Rauscher,
Obfrau der IHU und Bevollmächtigte des
überparteilichen EU-Austritts-Volksbegehrens*

**Nicht weil es schwer ist, wagen wir es nicht,
sondern weil wir es nicht wagen, ist es schwer.**

Seneca

WEGWARTE 24. Jahrgang, Folge 6, Dezember 2014, **Sonderausgabe**

Zulassungsnummer "02Z033544S" - Mitteilungen der Initiative Heimat & Umwelt - Druck: H. Schmitz Kopien, 1200 Wien

Impressum: Medieninhaber/ Herausgeber/Verleger: **Initiative Heimat & Umwelt, 3424 Zeiselmauer, Hagengasse 5**

Tel.: 02242/70 516, **ihu@a1.net**, **Spendenkonto**: PSK, IBAN AT 366000000007483053, BIC OPSKATWW